

Indien auf dem Weg zur Unabhängigkeit (Teil II)

von Christel Opeker

130 Jahre lang war Indien von Großbritannien besetzt. Die Kolonialregierung drückte dem Subkontinent ihren Stempel auf. Die Auseinandersetzung mit der Kolonialmacht veränderte die indische Gesellschaft. Zwischen Kollaboration und Widerstand entwickelte sich eine neue anglierte Mittelschicht, die zur tragenden Kraft der Unabhängigkeitsbewegung wurde. 1947 wurde Indien politisch unabhängig. Eine Rückkehr zu vorkolonialen Strukturen war jedoch weder im islamischen Pakistan noch im von Hindus dominierten Indien möglich.

Indische Aufsteiger und Profiteure des kolonialen Systems machten sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zunehmend mit der Sprache der Kolonialmacht vertraut. Die persische Staatssprache wurde von der englischen abgelöst, und mit der englischen Sprache kam auch die englische Kultur. 1854 wurden die drei ersten europäischen Universitäten in Kalkutta, Bombay und Madras eröffnet.

Die britisch geprägte Ausbildung führte zum Entstehen einer neuen, Regionen und Kasten übergreifenden, Mittelschicht. Das in Indien schon sehr früh entwickelte indische Pressewesen förderte den Informations- und Ideenaustausch der neuen Schicht. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand der eigene indische Weg, die ideale Synthese indischer und europäischer Kultur. Die Gründung der 'Benares Hindu University' Mitte des 19. Jahrhunderts und das 1875 gegründete 'Anglo-Arabic College', die spätere 'Aligarh Moslem University', waren Ergebnisse dieser Diskussionen.

Die Auseinandersetzung mit den Kolonialherren führte bei islamischen und Hindu-Intellektuellen zu einer sehr europäischen Erfindung. Die neue indische Identität verband sich in beiden Lagern mit dem Begriff der 'indischen Nation'.

Im Widerspruch zur wachsenden politischen und auch ökonomischen Bedeutung der indischen Mittelschicht setzte die britische Regierung - alarmiert durch den Aufstand von 1857 - auf die alte Herrschaftselite. Der indische Adel war auch bei entsprechenden Freiheiten und gesetzlich geregelten Ausbeutungsmöglichkeiten bis zur Unabhängigkeit nur allzubereit, auf diese Art mitzuregieren. Die Mittelschicht war trotz teilweiser Kollaborationsbereitschaft auf lange Sicht gesehen unbequemer. Sie verfügte sehr schnell über eine der Kolonialmacht ähnliche Bildung und bekannte sich zur 'indischen Nation'. Sie blieb zwar lange von höheren Regierungsämtern im kolo-

nialen System ausgeschlossen, entwickelte sich jedoch zu einem bestimmten Faktor der indischen Befreiungsgeschichte.

Zentrum des politischen Aufbruchs in die Unabhängigkeit war Kalkutta. Wo die Eroberung Indiens durch Großbritannien ihren Ausgangspunkt hatte, wurde in den 40-er Jahren des 19. Jahrhunderts die 'British Indian Association' gegründet. Mit dem Eintritt Surendranath Banerjeas 1876 wurde aus der ursprünglichen Ständevertretung landbesitzender Schichten ein politisches Organ, das nationale Ideen vertrat.

1883 sollte mit der 'Ilbert Bill' die indische Beamtschaft stärker in das Kolonialsystem eingebunden werden. Das Gesetz sollte den zuvor verhinderten Aufstieg gewährleisten. Es stieß jedoch auf zunehmende rassistische Agitationen und Übergriffe seitens der in Indien lebenden Europäer und Europäerinnen, begleitet von einer verstärkten Hinwendung der davon Betroffenen zu nationalen Ideen.

'Indian National Congress'

Im Dezember 1885 traf sich in Bombay zum ersten Mal der 'Indian National Congress'. Die Zusammensetzung bestand zum großen Teil aus Lehrern, Rechtsanwälten und Journalisten. Die indische Unabhängigkeitsbewegung profitierte von ihrer europäisierten Ausbildung. Europäische Bürgerrechtsbewegungen und Aufstände bildeten eine Inspiration für die Bewegung. Der 'Kongreß' traf sich von da an jedes Jahr einmal als Vertretung aller Regionen Indiens. Skeptisch blieb nur ein Teil der islamischen Bevölkerung. Sie befürchtete sehr früh eine Dominanz der Hindus in einem neuen indischen Staat. Der dritte Präsident des 'Kongreß' war jedoch ein Moslem aus Bombay. Auch die Hindus im 'Kongreß' waren von Anfang an gespalten. Die traditionelle Linie um Bal Ganghadar strebte eine feudale Hin-

duvergangenheit mahratischen Stils an. Die progressive Gruppe um Gokhale setzte auf den Kulturimport: das parlamentarische System.

Während die Mittelschicht um den indischen Weg in die Unabhängigkeit debattierte, war der Großteil der Bevölkerung mit Hungersnöten konfrontiert. Die internationale Silberentwertung Ende des 19. Jahrhunderts hatte heftige Auswirkungen auf die britische Kronkolonie. In Indien wurde der Silberstandard künstlich aufrechterhalten. Um Großbritanniens Rolle im Welthandel nicht zu gefährden, wurde die indische Rupie gegenüber dem englischen Pfund abgewertet. Zwischen 1873 und 1894 sank die Rupie auf die Hälfte des vorigen Wertes. Zur Auffüllung britischer Kassen und um einer Finanzkrise im kolonialen Mutterland vorzubeugen, wurde die indische Bevölkerung mit zusätzlichen Steuern u.a. auf Salz, belastet. Eine weitere Verelendung der Bevölkerung war die Folge. Zwischen 1875 und 1900 gab es britischen Statistiken zufolge 1,5 Millionen Hungertote. Parallel dazu stieg der Export von Getreide weiter an.

Zwischen Kollaboration und Widerstand

Äußere Faktoren stärkten in der Zeit von 1904 bis 1914 das indische Selbstbewußtsein. 1905 gewann Japan den russisch-japanischen Krieg und wurde damit zu einem Vorbild asiatischer Unabhängigkeitsbewegungen. Auch die chinesische Revolution von 1911 und die türkischen Aufstände von 1908/09 ließen eine indische Unabhängigkeit in Reichweite rücken. Eine weitere Einbindung der neuen Mittelschicht in die Kolonialregierung sollte eventuellen revolutionären Aktivitäten vorbeugen. Die englischen Wahlen von 1906, die eine liberale Regierung an die Macht brachten, begünstigten diesen Prozeß. 1907 wurden Krishna Govind Gupta und Sayid Husain Khan in den 'India Council' berufen.

Der 'Kongreß' war wieder einmal gespalten. Während der linke Flügel um B.G. Tilak kompromißlos gegen die Kolonialmacht vorgehen wollte, war der rechte Flügel zur Zusammenarbeit bereit. 1907 trennte sich der radikale Teil für einige Jahre vom restlichen 'Kongreß'. Die Integration der rechten Fraktion war von bewaffneten Aufständen begleitet. Die Zentren dieser Unruhen lagen in Westindien, Bengalen und dem Punjab. Den Auslöser bildeten überall weitere Preisanstiege und Hungersnöte.

Die Aufstände wurden militärisch niedergeschlagen. Gleichzeitige Reformen

auf dem Niedergang ihrer Macht an das Erbe des Mogulreiches anzuknüpfen.

Indien im 1. Weltkrieg

Zu einer entscheidenden Schwächung britischer Macht in Indien führte der 1. Weltkrieg. Aber der Krieg schwächte auch Indien. Neben den jährlichen Abgaben von 20 bis 30 Millionen Pfund wurden zusätzliche 100 Millionen Pfund für die Kriegsführung der Briten exportiert. Ein Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel war die Folge. Außerdem entzog die Rekrutierung von Indern für den Krieg der Landwirtschaft wich-

aus dem partiellen Widerstand eine weitgehend gewaltfreie Bewegung, die ganz Indien erfaßte.

Der 1. Weltkrieg endete. Der Krieg gegen die kolonisierte Bevölkerung wurde fortgeführt. In Amritsar kam es nach einer öffentlichen Kundgebung zu einem Massaker, bei dem offiziellen Berichten zufolge 379 Menschen getötet und 1.200 verwundet wurden. Der britische Brigadegeneral Dyer schoß in die unbewaffnete Menschenmenge, um "den Punjab in Schrecken zu versetzen". Am 15. April wurde das Kriegsrecht eingeführt, eine Fortsetzung und Verschärfung des 'Defence of India-Act'. Öffent-



Kaffeeputzerinnen, Malabar/Kerala. (Alle Fotos: Fotoarchiv des Völkerkundemuseums Freiburg)

sollten die Bevölkerung beruhigen. Bengalen wurde geteilt. Diese Teilung ließ zwei religiös definierte Regionen mit je einer Minderheit anderen Glaubens entstehen. Moslems und Hindus waren erfolgreich gegeneinander ausgespielt worden.

1911 verlegten die Briten ihren Verwaltungssitz von Kalkutta nach Delhi, die Teilung Bengalens wurde wieder aufgehoben. Die Maßnahme sollte nationale Strömungen in Bengalen befriedigen. Die neue Hauptstadt Delhi, zu Mogulzeiten Zentrum des Reiches, wurde mit einer notdürftigen Infrastruktur versehen. Die Briten versuchten

tige Arbeitskräfte. Die angespannte soziale Situation führte wieder zu bewaffneten Aufständen in Bengalen und im Punjab. Das zu Beginn des Krieges vorsorglich erlassene 'Defence of India'-Gesetz enthielt jedoch genügend Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung. In Delhi, Amritsar, Ahmedabad und Lahore mündeten die Proteste in blutig niedergeschlagene Aufstände.

1915 kam Gandhi aus Südafrika zurück. Seine westliche Ausbildung, seine Anwalterfahrung und der von ihm vorgelebte einfache Lebensstil machten ihn zu diesem Zeitpunkt zum idealen provinzübergreifenden Führer. Er machte

liche Auspeitschungen, Folterungen und Demütigungen gehörten nun gesetzlich abgesichert zum kolonialen Alltag der Bevölkerung.

1920 wurden die Gesetze öffentlich vom 'Kongreß' kritisiert und zum zivilen Ungehorsam aufgerufen. Neben der gewaltlosen Erhebung kam es auch wieder zu bewaffneten Aufständen. 1922 wurde Gandhi verhaftet und bis 1924 erhielten die kolonialen Behörden unbegrenzte Vollmachten zur Aufstandsbekämpfung.

Die Bewegung war zunächst niedergeschlagen worden. Aber das Land war in eine neue Phase getreten. Die wachsende

Politisierung und der Einfluß der Öffentlichkeit zwangen die Briten zu Zugeständnissen. Die Montford-Reformen sollten den Machterhalt sichern. Die Reformen propagierten die indische Unabhängigkeit als britische Idee. Die Regierung Indiens wurde zunächst einmal aufgeteilt. Allerdings behielt sich die Kolonialmacht die Kontrolle über die Bodensteuern und -gesetze, die Justiz, die Polizei und die Bewässerung vor. In lokale Selbstverwaltung wurden nur Bildung, Gesundheit, öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft entlassen. Landwirtschaftsgesetze ohne die Möglichkeit einer Bodenpolitik sind jedoch eine Farce.

Die Indisierung der Verwaltung wurde vorangetrieben. Außenpolitische Angelegenheiten blieben jedoch fest in britischer Hand. Die Bildung von indisch besetzten Ministerien änderte nichts Grundsätzliches an der kolonialen Situation. Die indisch besetzte Regierung durfte Bildungsreformen durchführen, während die Briten unter Protesten der Bevölkerung noch einmal die Salzsteuer erhöhten. Der Reichtum sollte weiter von Indien nach Großbritannien fließen.

Die Protestbewegung Gandhis sowie verschiedene radikalere Gruppierungen standen in Opposition zur indischen Marionettenregierung. Große Teile des 'Kongreß' jedoch ließen sich nach der Verhaftung Gandhis und dem ersten Scheitern der Bewegung auf eine Machtteilhabe ein. Das Volk, vor allem die Harijans, die Unberührbaren, stand weiter hinter der außerparlamentarischen Bewegung. Zu einer Zusammenarbeit zwischen dem 'Kongreß' und der Bewegung kam es erst 1928 wieder, nachdem Gandhi freigelassen wurde. Im 'Kongreß' wurde zwischenzeitlich eine parteiübergreifende Konferenz durchgeführt, die zum Entwurf einer unabhängigen Regierung führte: dem 'Nehru-Report'. Die 'Muslim League' war zu diesem Zeitpunkt nicht im 'Kongreß' vertreten. Der Entwurf wurde allerdings von einigen unabhängigen Moslems im 'Kongreß' unterstützt.

Die runden Tische

Der Machtwechsel von den Konservativen zur Labourparty 1929 in Großbritannien ließ Indiens Unabhängigkeit wieder in Reichweite rücken. Der Wunsch des 'Kongreß' nach einem 'Runden Tisch' wurde von Lord Irwin unterstützt. Zum ersten Mal wurde die nationale Selbstbestimmung als breiter Wunsch der Bevölkerung in Großbritannien überhaupt wahrgenommen. Im Gegensatz zur Kolonialmacht wollte die indische Bewegung die Unabhängigkeit sofort. Als die Forderung zum wiederholten Male abgelehnt wurde, organisierte Gandhi seinen berühmten Marsch

von Sabarmati nach Dandi ans Meer, um dort illegal und öffentlich Salz zu gewinnen.

Auch die Bewegung von 1930 war gewaltlos. Allerdings war sie von zahllosen illegalen Aktivitäten und einem breiten Boykott britischer Güter geprägt. Dieser Boykott erwies sich als sehr effektiv, da er von jedem und jeder leicht durchzuführen war. Außerdem sorgten soziale Kontrollen Sanktionen dafür, daß kaum jemand sich dem Boykott entzog.

Die Bewegung wurde mit wenigen Ausnahmen vor allem von Hindus und Angehörigen kleiner Minderheiten geprägt. Die 'Muslim League' sah sich weder vom 'Kongreß' noch von der Bewegung vertreten. Die Aktionen erfaßten sehr bald große Teile des Subkontinents. Parallel dazu flackerten auch wieder bewaffnete Aufstände im Punjab und der Frontier Province auf.

Die Briten sahen sich gezwungen zu reagieren. Sie antworteten mit dem 'Simon-Report', der die Unabhängigkeit genauso halbherzig anging wie seine Vorgänger. Die Selbstverwaltung sollte auf die Provinzen beschränkt bleiben. Außerdem sollte wieder einmal der konservative, kolonialfreundliche Adel in die Regierung eingebunden werden. Der Report erzeugte noch mehr Unruhe. Im März 1931 kam es nach langen Gesprächen zwischen Kolonialregierung und Bewegung zum 'Gandhi-Irwin-Abkommen'. Die Lage beruhigte sich. Die Verhafteten wurden entlassen und der 'Kongreß' zum zweiten 'Runden Tisch' geladen. Der radikalere Teil der Bewegung blieb jedoch weiterhin in Haft. Während der Karachi-'Kongreß' von 1931 das Abkommen ratifizierte, wurde Baghat Singh, Anführer der bewaffneten Aufstände im Punjab, zum Tode verurteilt.

Eine Finanzkrise in Großbritannien brachte wieder die Konservativen an die Macht. Kurze Zeit später war Gandhi erneut inhaftiert und der 'Kongreß' zum wiederholten Male eine verfolgte Organisation. Das 'Red-Shirt Movement' von Abdul Ghaffar Khan entwickelte sich zu einer dem 'Kongreß' nahestehenden Guerilla. Bewaffnete Kämpfe gab es auch wieder in Bengalen. In den United Provinces von Agra und Oudh im Nord-Indiens, startete eine regional begrenzte Pachtboykottkampagne. Die neue Bewegung war nicht mehr unter der Kontrolle des 'Kongreß', und auch Gandhi hatte seinen Einfluß auf die indische Öffentlichkeit verloren. Streiks, Boykotte und militante Aktionen fanden regional ohne übergreifenden Zusammenhang statt. Die Bewegung von 1930 war als gesamtindische Bewegung gegen die britische Herrschaft gescheitert. Die weiterhin aufflackernden Unruhen zwangen die Briten jedoch zum dritten

'Runden Tisch'. Der 'Government of India Act' wurde erlassen. Es sollte das letzte große Verwaltungsgesetz der Briten in Indien sein.

Die neue Gesetzgebung führte im Prinzip den Stil ihrer Vorgänger fort. Neu war daran nur das föderale Prinzip. Eine von der Bevölkerung gewählte Versammlung sollte zukünftig die Provinzregierungen kontrollieren. Die Provinzregierung selbst wurde immer noch von der Kolonialmacht bestimmt. Die Verwaltungsgesetze blieben in Kraft. Verteidigungs- und Außenministerium blieben weiterhin unter britischer Kontrolle. Verwaltung, Polizei und Armee waren auch in den Provinzen nicht in indischer Selbstverwaltung.

Nur ein Sechstel der indischen Bevölkerung durfte überhaupt wählen. Einkommens- und landlose Gruppen erhielten kein Wahlrecht! Frauen wurden allerdings zur Wahl zugelassen - wenn sie vermögend waren! Verschiedenen ethnischen Gruppen wurden besondere Vertretungen genehmigt. Dazu gehörte in allen Provinzen die islamische Bevölkerung, im Punjab die Sikhs, in Madras und anderen Regionen die Christen. Selbst den Europäern in Bengalen wurde eine eigene Regierung eingerichtet, obwohl sie als einzige Gruppe bestens von der Kolonialregierung vertreten wurden! Die nominelle Selbstbestimmung aller indischen Gruppen änderte immer noch nichts am kolonialen Rahmen. Sie beschränkte sich auf periphere Bereiche. Die britischen Vertreter des Außen- und Verteidigungsministeriums waren nur dem britischen Parlament verantwortlich; die Politik der Provinzregierung blieb nur solange selbständig, wie sie britische Ausbeutungsinteressen nicht berührte.

Die Ängste eines großen Teils der islamischen Gesellschaft wurden im 'Government of India Act' nicht berücksichtigt. In Wahlen erzielte Mehrheitsverhältnisse waren automatisch Hindu-mehrheiten. Das eingeschränkte Wahlrecht und die besonderen Vorrechte des Adels, dessen 50-prozentige Zustimmung jedes in der Provinz erlassene Gesetz benötigte, verhinderten ebenfalls demokratische Verhältnisse. Aber diese waren auch gar nicht erwünscht, da sie die britische Bereicherungspolitik eingeschränkt hätten.

Die Gesetzgebung wurde unterschiedlich aufgenommen. Der 'Kongreß' verurteilte das gesamte Gesetz, erklärte sich aber trotzdem bereit, sich an den Provinzregierungen zu beteiligen. Ähnlich verhielt sich die 'Muslim League'. Ohne Bedenken akzeptiert wurde es nur von einer sehr kleinen liberalen Gruppe.

In den folgenden Wahlen zum indischen Parlament zeigte sich der 'Kongreß' als stärkste Partei. 1937 wur-

den Provinzwahlen abgehalten, aus denen ebenfalls der 'Kongreß' als stärkste Partei hervorging. In den Nordwestprovinzen erhielten allerdings die 'Red-Shirt'-Pathanen die Mehrheit; in Bengalen siegten die Moslems und im Punjab entwickelte sich die 'Unionist-Party' mit Sir Sikandar Hayat Khan, eine von islamischen Gruppen, Sikhs und Hindus getragene Partei, zum Sieger.

Pakistan

Im Wahlkampf von 1937 wurden erstmals die islamischen Interessen unter der Führung von Ali Jinnah vereinigt. Die Bemühungen um einen islamischen Staat schienen jedoch angesichts der Wahlergebnisse nicht sehr erfolgreich zu sein. Ein islamisches 'Pakistan', das 'Land der Reinen', wurde zum ersten Mal 1940 ausdrücklich gefordert. Die Kernzelle des späteren Pakistan war Sindh, eine um das Indusdelta gelegene Provinz. Dort wurde schon seit 712 infolge einer arabischen Invasion der Islam zur tragenden Religion. Im 11. Jahrhundert bewirkte die Ghaznavideneroberung eine Islamisierung weiter Teile des Punjab. Allerdings war der Anteil der nicht-islamischen Bevölkerung dort stets größer als im Sindh.

Im 14. Jahrhundert wurde dann ein großer Teil Kashmirs islamisiert und mit dem Aufbau des Sultanats von Delhi war der Islam die wichtigste politische Kraft in Indien. Im Laufe der folgenden Jahrhunderte entstand ein islamischer Bevölkerungsanteil von ca. 25 Prozent. Die ethnische Herkunft dieser Bevölkerung war gemischt. Der größte Teil stammte allerdings aus den unteren Schichten der Hindugesellschaft, deren rigides traditionelles System keine Änderung der sozialen Lage zuließ. Es kam allerdings auch zum Glaubenswechsel bei Teilen des Rajputenadels. Der Islam war in den Jahrhunderten islamischer Vorherrschaft in Indien sowohl Herrschaftsreligion als auch die Befreiungsreligion der Ärmsten. Mit diesem sozialen Widerspruch, der sich nur zufällig an der Religion festmacht, sind Indien, Pakistan und Bangladesch noch heute konfrontiert. Der soziale Riß konnte auch durch Familien gehen. Entweder hielt der reiche Teil an Brahmanen- oder Ksatriyaprivilegien (Kriegerkaste) fest und die arme Verwandtschaft lief zum Islam über, oder der Wunsch nach Machtteilhabe ließ den Hinduadel zum Islam übertreten, während die Unterprivilegierten Hindus blieben.

Mit der britischen Vorherrschaft ging der islamische Einfluß zurück. Die schnelle Annahme europäischer Bildung durch eine, in der islamischen Gesellschaft behinderte und nun aufstrebende hinduistische Mittelschicht, erleichterte



Kotas in einer Schmiede in den Nilgiris-Bergen im heutigen Bundesstaat Tamil Nadu. Das Foto entstand Anfang der dreißiger Jahre.

dieser den Zugang zu kolonialen Ämtern. Die islamische Mittel- und Oberschicht war von den Briten aus ihrer Position verdrängt worden und mußte nun mit den aufsteigenden Hindus um Positionen in der unteren Verwaltungsebene konkurrieren.

In der gesamten indischen Gesellschaft entwickelten sich immer mehr religiöse Mischformen. Die gegenseitige Beeinflussung war schon zuvor durch die Form des indischen Islams erleichtert worden. Der mystische Volksislam vereinigte ohne größere Probleme hinduistische und islamische Elemente. Eine klare Trennung von Hindus und Moslems war in einigen Gebieten nur schwer möglich. Parallel zu dieser Entwicklung entstand jedoch schon im 18. Jahrhun-

dert eine puristische islamische Bewegung, die den 'wahren Islam' verkündete. Diese Bewegung wandelte sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in eine militante Bewegung gegen alle 'Ungläubigen'. Zum Hauptfeind der im Punjab beheimateten Bewegung wurden sehr bald die Sikhs erkoren. Ähnliche Bewegungen entstanden auch in Ostbengalen. Auf diesem Hintergrund entwickelte sich die Muslim League.

Ali Jinnah, der spätere Führer der Muslim League, gehörte jedoch zu Beginn nicht der radikalen Strömung an. Er gehörte zu der kleinen islamischen Gruppe, die den 'Kongreß' unterstützte. Diese Gruppe bildete den Kern der späteren islamisch-nationalen Bewegung. 1929 fand die 'All Muslim Conference'



Verschleierte Frauen und Mann mit Säbel, Jaipur, 1938.

statt und 1934 wurde die Muslim League von Ali Jinnah neu organisiert. Der angestrebte Staat sollte zunächst die Frontier Province, Sind, Beluchistan und Kaschmir umfassen. Später kam noch Ostbengalen dazu.

Indien im 2. Weltkrieg

Zu Beginn des Krieges standen der Aufstieg der Muslim League und die Kämpfe zwischen dem linken und rechten Flügel des 'Kongreß' im Vordergrund. Ab 1940/41 jedoch wurden auch indische Truppen in die Kämpfe miteinbezogen und im dritten Kriegsabschnitt war die indische Bevölkerung direkt von diesem Krieg betroffen. Japanische Truppen marschierten in Burma ein und standen 1944 vor Assam.

Die Lebensmittelpreise stiegen. 1943 litt Bengalen unter einer großen Hungersnot. Die indische Industrie jedoch - auch die in indischer Hand, wie die Tata-Stahlindustrie - entwickelte sich dank des Krieges. Der Abbau von Bodenschätzen wurde vorangetrieben, kriegswichtige Industriezweige ausgebaut.

Der 'Kongreß' verhielt sich bis zum dritten Kriegsabschnitt abwartend und skeptisch. Es war ein europäischer Krieg, den sich Indien vielleicht zunutze machen konnte. In der ersten Phase lobte Gandhi noch die französische Kollaboration mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht. Ein Teil der indischen Linken, unter ihnen Bose, driftete ins nationalsozialistische Lager ab und suchte direkte Hilfe im nationalsozialisti-

stischen Deutschland. Die britische Regierung bot währenddessen dem 'Kongreß' als Lohn für die Unterstützung zum wiederholten Male ein eigenes selbständiges Parlament nach dem Krieg an. Begleitet wurde dieses Angebot durch eine weitere, wenn auch kleine und relativ erfolglose Demonstration des zivilen Ungehorsams. Die Kolonialmacht griff zu bewährten Druckmitteln, um die 'Kongreß'mitglieder von ihrem Angebot zu überzeugen. 1941 waren vorübergehend 14.000 Angehörige des 'Kongreß' in Haft.

Gleichzeitig verhärteten sich auch die Fronten zwischen 'Kongreß' und 'Muslim League'. Die Muslim League forderte inzwischen einen Regierungsanteil von 50 Prozent.

Nach dem Eintritt Japans in den Krieg wurden die politischen Häftlinge wieder freigelassen. Ein leicht geändertes Angebot der britischen Regierung folgte: absolute politische Unabhängigkeit nach dem Krieg und sofortige Mitregierung für den Rest des Krieges. Aber der 'Kongreß' war sich nicht einig. Neben Forderungen nach sofortiger Selbständigkeit kam es auch wieder zu bewaffneten Aufständen. Nach einer antikolonialen Resolution wurde das gesamte Arbeitskomitee des 'Kongreß' inhaftiert.

Die Unabhängigkeit

Der Krieg endete, und Indien war immer noch Kolonie. 1947 meuterte die indische Marine. Der Aufstand war nur kurz und hatte keinen großen Erfolg. Stattdessen stiegen die Spannungen zwi-

schen 'Kongreß' und 'Muslim League' weiter und entluden sich 1946 im blutigen Augustmassaker von Kalkutta. Diesmal waren Hindus die Opfer. Im darauf folgenden Aufstand von Bihar wurden Moslems ermordet. Zu weiteren Unruhen kam es in den United Provinces und Ostbengalen.

Aber das Land war für die Briten nahezu unregierbar geworden. Die vom Krieg geschwächte Kolonialmacht mußte sich allmählich zurückziehen. Es folgten britische Verhandlungen mit Hindus und Moslems, bei denen auch die Sikhs zugelassen waren. Diese hatten trotz ihres Minderheitenstatus genug politisches und militärisches Gewicht, um nicht bei den Verhandlungen über die Zukunft Indiens übergangen zu werden. Im August 1947 wurde Indien geteilt. Die Briten hinterließen nach 130 Jahren Herrschaft zwei indische Staaten: das von Hindus dominierte Indien und das islamische Pakistan. Die Sikhs erhielten keinen eigenen Staat, wehrten sich aber erfolgreich gegen die Angliederung an Pakistan. Dieses erhielt als Ausgleich die an die Grenze zu Burma gelegenen Chittagong Hill Tracts (heute Bangladesh). Der Protest der dortigen Bevölkerung wurde bei diesem Handel übergangen. Sie kämpft heute noch um einen autonomen Status und ist in den Jahrzehnten nach der Teilung immer wieder Massakern und Vertreibungen ausgesetzt gewesen.

Der Austausch von islamischen und Hindubevölkerungsgruppen wurde ebenfalls von Massakern begleitet. Riesige Flüchtlingsströme zogen durch das Land. Das gewaltsame Auseinanderreißen der Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit kostete nicht nur Menschenleben. Kulturelle und verwandtschaftliche Bindungen ursprünglich zusammenlebender Gruppen wurden zerstört. Die Identifikation der Menschen mit der religiös und rassistisch definierten Nation überdeckte die Gemeinsamkeiten und die gemeinsame Erfahrung der vorangegangenen Kolonialgeschichte.

Von der offiziellen Geschichtsschreibung vergessen spielte sich parallel zu den Unabhängigkeitskämpfen in Indien ein weiterer Krieg ab: der Bauernkrieg von Telengana. Die Menschen dort wehrten sich nicht nur gegen die britische Herrschaft. Sie setzten zwischen 1946 und 1951 auch ihre indischen Herren ab und verteilten das Land neu. Aber diese Art von Befreiung hatte der 'Kongreß' nicht vorgesehen. Der Krieg der neuen indischen Regierung gegen die bäuerliche Bevölkerung war teurer als der erste gegen Pakistan. 1951 waren die alten Herrschaftsverhältnisse wieder hergestellt und die Bauern, soweit sie überlebten, so arm wie zuvor.